

# Personalkarussell à la Merkel

VON JÖRG BLANK,

**BERLIN.** Es ist ein denkwürdiger JU-Deutschlandtag Anfang Oktober in Nürnberg. Angela Merkel versucht, Enttäuschung und Zorn über das schlechteste Unionsergebnis der Nachkriegszeit im Bund zu dämpfen. Die Kanzlerin verspricht der murrenden Unions-Jugend: Bei der Regierungsbildung wolle sie »neue Köpfe« berücksichtigen. Demnächst muss die 63-Jährige liefern.

Selbst wenn knapp vier Monate nach der Bundestagswahl noch immer nicht klar ist, ob ihr zweiter Anlauf zur Regierungsbildung klappt, ist eines sicher: Weite Teile der Unionsbasis erwarten Erneuerung. Weiblicher, jünger, einfach frischer sollen die Spitzen von Regierung und Partei werden. Merkel weiß: Die Zeit drängt. Geht es nach ihr, soll ihr drittes schwarz-rotes Kabinett noch vor Ostern die Arbeit beginnen. Auch deswegen kursieren schon Gedankenspiele: Wer fliegt von Merkels Personalkarussell – und wer hat Chancen aufzusteigen?

Beim Treffen mit dem jungen rechtskonservativen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz liefert Merkel auf die Frage einer Reporterin ihr Rezept für Erfolg im Team: »Ich bin immer dafür, dass wir 'ne gute Mischung aus allem haben.« Und weiter: »Die ganze Weisheit liegt eigentlich darin, dass, wenn wir die verschiedenen Strömungen und auch Gruppen, die in einer Gesellschaft da sind, in der Politik möglichst gut abbilden, dass dann eigentlich die Wahrscheinlichkeit, daraus eine erfolgreiche Politik zu machen, am allerbesten ist.«

Und weil Merkel natürlich weiß, dass es in der Union einige gibt, die sie am liebsten rasch vom Hof jagen würden, macht sie schnell noch ihren Machtanspruch klar: So wie von ihr geschrieben werde »die CDU – deren Vorsitzende ich ja bin – versuchen, weiter zu agieren.«

Die wichtigste Frage in der Union für den Fall, dass auch die schwarz-rote Regierungsbildung platzt: Würde Merkel wie angekündigt bei einer eventuell anstehenden Neuwahl erneut antreten? Sicher ist man sich da in CDU und CSU nicht. Sie werde sich einen solchen Schritt sehr genau überlegen, sagen auch wohlgesonnene Unionisten.

Für den Fall eines raschen Stabwechsels ist in der Partei vor allem ein Name zu hören: Ursula von der Leyen. Die geschäftsführende Verteidigungsministerin wird zwar nicht sonderlich geliebt – das ist an ihren Ergebnissen bei den Vize-Wahlen abzulesen. Aber die Niedersächsinerin gilt als Frau mit dem ausgeprägtesten Machtwillen in der CDU. Und das dürfte dann zählen.

Bleibt mehr Zeit für den Übergang, dürfte Saar-Regierungschefin Annegret Kramp-Karrenbauer gute Karten haben. Auch etliche CDU-Ministerpräsidenten sollen ihr gewogen sein. Das Manko: Obwohl Kramp-Karrenbauer bei den Son-



Angela Merkel und die »Kronprinzessinnen«: Annegret Kramp-Karrenbauer (links), Julia Klöckner und Ursula von der Leyen.

FOTO: DPA

dierungen mit dabei war, gilt sie bundesweit als zu unbekannt für eine rasche Kanzlerkandidatur. Ein Wechsel ins Bundeskabinett könnte da helfen.

Doch ob das so rasch gehen könnte? Auch der Merkel-Vertraute Peter Altmaier ist von der Saar und gilt als gesetzt für das Finanzressort, wenn es nicht die SPD unbedingt beansprucht. Doch zwei CDU-Minister aus dem Saarland – das würde der Proporz kaum zulassen.

## Chancen für Widmann-Mauz

Will Merkel ihr Ziel erreichen, dass künftig jedes zweite Mitglied ihrer Regierung weiblich ist, haben die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner und Annette Widmann-Mauz aus Baden-Württemberg Chancen. Letztere ist schon lange Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsressort – ihr Name wird auch im Zusammenhang mit dem bisher von der SPD besetzten Familienministerium genannt.

Und was wird aus Horst Seehofer? Der Bayer wirke nicht so, als wenn er die Zukunft mit seiner Modelleisenbahn im Ferienhaus im Altmühltal verbringen wolle, sagt jemand, der ihn bei den Verhandlungen erlebt hat. Außerdem könne er sich als CSU-Chef wohl nur mit einem

starken Amt halten, wenn er wie angekündigt den Posten als Regierungschef an seinen langjährigen Lieblingsrivalen Markus Söder übergibt.

Hieß es zunächst in der CSU, Seehofer könne – quasi als lebende Flüchtlingsobergrenze – nach Berlin wechseln, hört man nun in der Union, auch der Posten des Arbeits- und Sozialministers sei denkbar. Und nachdem er sich Entlastungen für Familien und Arbeitnehmer auf die Fahnen geschrieben hat, könnte er auch für seine CSU im Landtagswahlkampf wichtige Punkte machen. In München wird allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass Seehofer nicht nach Berlin wechselt – immer wieder sagt er in diesen Tagen, ein Wechsel in die Hauptstadt sei nicht Teil seiner Lebensplanung.

Bleiben noch die Ambitionen von Jens Spahn. Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium profiliert sich gerne als Merkel-Kritiker und wird von vielen hoch geschätzt, die sich für besonders konservativ halten. Dass er für ein Ministeramt in Frage kommt, bezweifeln nicht mal jene, die ihn für überambitioniert halten. Doch noch ist der NRW-Proporzplatz im Kabinett von Gröhe besetzt – und der würde gerne Minister bleiben. So könne es sein, dass Spahn am Ende Staatssekretär bleiben müsse, heißt es.

Nicht auszuschließen sogar, dass er dann unter einem Sozialdemokraten arbeiten muss: Falls nämlich SPD-Chef Martin Schulz Außenminister werden sollte – und der derzeitige geschäftsführende Amtsinhaber Sigmar Gabriel womöglich das Finanzministerium bekäme. Es ist aber fraglich, ob die Union der SPD tatsächlich diese zwei Schlüsselressorts überlassen würde. Unwahrscheinlich ist auch, dass Schulz und Gabriel beide mit am Kabinetttisch sitzen könnten. Falls Schulz – entgegen seinen bisherigen Zusicherungen – Minister unter Merkel würde, dürfte er kein gesteigertes Interesse daran haben, neben sich einen Gabriel zu haben, der schon oft Talent dafür bewiesen hat, Alleingänge zu starten und anderen die Schau zu stehlen.

Viele Deutsche sehen das anders. Beim Zustandekommen einer neuen GroKo wünschen sich mehr Bürger Gabriel (33 Prozent) auf dem Vizekanzlerposten als Schulz (22 Prozent). Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov. Das Amt des Außenministers trauen noch weniger Befragte Schulz zu: Nur 11 Prozent gegenüber 32 Prozent bei Gabriel. Nicht nur Merkel hat schwierige Personalentscheidungen zu treffen wenn es denn klappt mit einer Neuauflage von Schwarz-Rot. (dpa)